



A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

01) Das 23. Geschichtsseminar des Deutschen Geschichtsvereins (DGV) 2020 in Medingen

In diesem Jahr fand das Geschichtsseminar des Deutschen Geschichtsvereins (DGV) des Posener Landes e.V. vom 7. bis 9.2.2020 im Gustav Stresemann-Institut (GSI) in Bad Bevensen, Ortsteil Medingen, statt. Es stand erneut unter dem Titel „Nachbarland Polen. Historische Entwicklung und Rückschlüsse für die Gegenwart“ und wurde von der Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Für die polnischen Teilnehmer hat das BKM – Frau Oxfort – die Teilnahme gefördert. Insgesamt haben 45 Personen an dem Seminar teilgenommen.

Nach dem gemeinsamen Kaffee begrüßte der Tagungsleiter Horst Eckert die Seminarteilnehmer und führte nach der Begrüßung durch den Institutsleiter Herrn Kaiser in die diesjährige Themenauswahl ein.

Die Moderation teilte sich Horst Eckert mit seinem Sohn, Dr. Eike Eckert. Für die Organisation vor Ort war die Schatzmeisterin des DGV, Gudrun Backeberg, zuständig.

Den ersten Vortrag hielt der Berliner Historiker, Matthias Barelkowski zum Thema „**E.T.A. Hoffmann in Posen zwischen Literatur und Politik. Eine Spurensuche**“. Zu den preußischen Beamten, die die Verwaltung in Südpreußen nach der 2. Teilung Polen-Litauens aufbauten gehörte auch der bekannte Schriftsteller Ernst Theodor Amadeus Hoffmann (1776-1822). Nach seiner dritten Staatsprüfung wurde er im Jahr 1800 nach Posen versetzt, was ihm nicht gut bekam. Zum einen vertrat er die polnische Küche

nicht und begann dem Alkohol zuzusprechen. Gleichzeitig entwickelte er seine musisch-literarische Neigung weiter und sein erstes musikalisches Werk wurde hier in Posen aufgeführt. Mit befreundeten Kollegen, wie Johann Ludwig Schwarz (1790-1867) und Hans v. Held (1764-1842), gab er Zeitschriften wie die „Südpreußische Zeitung“ oder die „Südpreußischen Unterhaltungen“ heraus, von denen 1801-02 nur dreißig Ausgaben erschienen. Nach dem Faschingsball 1802 löste Hoffmann durch seine überaus treffenden Karikaturen einen Skandal aus, der zu seiner Versetzung nach Plozk führte. Es lief so ab, wie man das oft macht, ein Wegloben. Er wurde zum Justizrat befördert und versetzt. Hoffmann empfand dies als Strafversetzung in „*die wilde Polakei*“, denn der Verwaltungssitz Plozk war noch weniger attraktiv als Posen. Zwei Jahre später (1804) erfolgte dann seine Versetzung nach Warschau. Der Referent betonte, dass die Quellenlage zu Hoffmann sehr schlecht ist und man wenig über ihn weiß, was der Legendenbildung zuträglich war. Goethe mochte ihn nicht. Man konnte ihm so leicht viel Negatives zuschreiben, wie z. B. sein Alkoholismus, seine Krankheiten. Die von ihm den Juden vergebenen merkwürdigen Namen sind wissenschaftlich nicht belegt. Vieles ist nur Legende!

Nach dem Abendessen folgte der zweite Vortrag durch die Historikerin und Posener Stadtführerin Joanna Baron-Grzesiak. Ihr Thema war „**Das neu erbaute Schloßviertel in Posen um 1900 mit seinen repräsentativen Bauten**“. Posen

hatte sich seit seiner Gründung im Jahr 1253 nicht wesentlich entwickelt. Dies änderte sich nach der 2. Teilung (1793), als Preußen mit dem Bau der Festung begann. Vor allem nach der 4. Teilung (1815) wurde die Absicherung des Landes gegen den großen und mächtigen Nachbarn Rußland wichtig. Gleichzeitig behinderte die Militäranlage jedoch die Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts. Es fehlten der Stadt Wohnviertel für die Reichen der Stadt, eine Kanalisation, Hochwasserschutz u. v. a. m. Erst zum Ende des Jahrhunderts, als die industrielle Militärtechnik die Festung nutzlos machte, entschloss man sich zum Abriss und der Stadterweiterung nach Westen. Es war die Zeit des Nationalitätenkonflikts und seit 1896 wurde ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Deutschtums umgesetzt, die sog. Hebungspolitik, die zum Bau von Museen, Bibliotheken, der Oper und der Königlichen Akademie führten. Als Kernstück der neuen Stadtkrone für Posen entstand damals das Residenzschloss.

Am folgenden Tag referierte Frau Baron-Grzesiak zum Thema „**Das königliche Residenzschloss Wilhelm II. in Posen und seine wechselvolle Geschichte**“. Frau Baron-Grzesiak betonte, dass sie die einzige Stadtführerin sei, die stets betont, dass das Bauwerk kein Kaiserschloss, sondern ein Königlich-preußisches Residenzschloss war. Für das 585 Räume zählende Gebäude auf sechs Etagen waren 5 Mio. Mark veranschlagt worden. Im Jahr 1910 wurde das Schloss eingeweiht. Zur Feierstunde kam der Kaiser mit neun Fa-

milienmitgliedern und einem Gefolge von 192 Personen (Bericht im „Posener Tageblatt“ vom 21.8.1910). Nur wenige Male war der Kaiser hier und noch seltener übermachten er hier: dreimal vor Baubeginn, dreimal während der Bauarbeiten, zur Einweihung des Schlosses und dann der Kapelle, die zur Pauli-Kirche gehörte. Das letzte Mal war der Kaiser im Juli 1915 hier. Aber es war auch nicht notwendig, dass der Kaiser und König (von Preußen) hier verweilte. Das Gebäude symbolisierte seine Macht und benötigte seine Anwesenheit nicht.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde das Schloss Eigentum des polnischen Staates. Während einige an den Abriss dachten, wurde es de facto von der neugegründeten Universität und der Verwaltung eines Ministeriums genutzt und auch ein wenig an der Gestaltung und Einrichtung verändert. 1929 weilte der Staatspräsident Ignacy Mościcki (1868-1946) ein einziges Mal hier und Marschall Piłsudski nahm hier im Dezember 1919 die Parade zum ersten Jahrestag des Posener Aufstands ab.

Die meisten Veränderungen der Urfassung erfolgten durch die Nationalsozialisten durch den radikalen Umbau für Adolf Hitler. Geplant waren 6 Mio. RM. Bis 1944 explodierten die Kosten regelrecht auf 27 Mio. Neben dem Schloss war die Reichsstatthalterei geplant, doch der Gauleiter Greiser zog das Schloss als Wohnsitz vor.

Nach dem Weltkrieg wurde erneut an Abriss gedacht, da das Schloss Symbol der Terrorherrschaft war, aber es mangelte überall an Raum. So zog hier die Stadtverwaltung ein und später wurde es zum Kulturpalast.

Den zweiten Vortrag an diesem Morgen hielt Herr Dr. Robert Kedzierski, Historiker in Regensburg, „Die Entstehung des Fürstentums Krotoschin/Krotoszyn – Abfindung des Staates Preußen an ‚Thurn u. Taxis‘ für die Verstaatlichung der privaten Postlizenz.“ Bereits am Tag zuvor hatte das Vereinsmitglied Martin Hauge auf diese Thematik hingewiesen und seine Kontakte nach Krotoszyn und ihre Schwierigkeiten hingewiesen.

Der Referent erläuterte, wie die einst dem Grafen Potocki gehörenden Güter an Mittelsmänner des preußischen Staates vor der 2. Teilung Polens veräußert wurden. Hierbei kam es bei den Mittelsmännern auch zur Veruntreuung von Staatsgeldern. Erst nach der 2. Teilung Polens konnte Preußen die Güter offiziell verwalten. Als Folge der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches verloren die Fürsten v. Thurn u. Taxis das Postregal im Reich, so auch in Preußen. Es ist durchaus verständlich, dass Preußen die „Habsburg-treuen Postbetreiber“ nicht haben wollten, denn sie spionierten die Post der Hohenzollern aus und berichteten nach Wien. Als Entschädigung erhielt der Fürst, der der Schwager des preußischen Königs

war, 1819 die vier Domänenämter Adelnau, Krotoschin, Orpiszewo und Rozdrazewo (23.316 ha). Diese Gebiete erhielten das Recht, einer freien Standesherrschaft, kurz darauf auch den Titel eines Fürstentums. Wenn auch ihre Privilegien im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und mehr abgebaut wurden, machten die Fürsten doch ein gutes Geschäft. In den 100 Jahren, in denen sie Krotoschin besaßen, machten sie einen Reingewinn von etwa 36 Mio. Mark. 1919 geriet das Gebiet unter polnische Zwangsverwaltung und wurde im Juni 1937 gegen die geringe Entschädigung von 1.350.000 Golddollar enteignet.

Im folgenden Vortrag ging Dr. Robert Kedzierski auf die „Die Armenpflege im Fürstentum Krotoschin“ ein. Die Armenpflege in Preußen war durch das Allgemeine Landrecht von 1794 geregelt. Die Gemeinde und öffentliche Landarmenhäuser übten sie damals aus. 1842 folgte dann eine Regelung der Freizügigkeit. Jeder, der mindestens drei Jahre am gleichen Ort lebte, war berechtigt, am Ort des Wohnsitzes Leistungen zu beantragen. Mit der Reichsgründung folgte am 6.6.1870 das Unterstützungswohnsitzgesetz, das eine noch größere Freizügigkeit gewährte und bis 1924 gültig war. Es ging den Landesherrn bei ihren Hilfen um die gute Tradition ihrer Vorfahren, um Mitleid und natürlich auch um Prestige. Am Beispiel Krotoschins stellte der Referent dar, dass im Verlauf des 19. Jahrhunderts es dem bayrischen Fürsten mehr um den Gewinn, d. h. die Einsparung, ging, als um die zuerst genannten Tugenden. Die Lasten wurden auf die Gutspäpster abgeschoben und die preußische Verwaltung musste sie drängen, ihrer Pflicht nachzukommen.

Die folgenden beiden Vorträge hielt Dr. Wolfgang Kessler, „Die Abwanderung und Verdrängung der deutschen Bevölkerung aus Westpreußen und Posen 1919-1929“. Der Referent betonte, dass das Thema noch tieferer Erforschung bedarf, denn vieles sei nur Propaganda auf die Revision des Versailler Vertrags gezielt und zahlentechnisch nicht belegt. Die im Posener Land stärkste politische Kraft der II. Polnischen Republik waren die Nationaldemokraten unter der Leitung von Dmowski. Die unterschiedlichen Vorstellungen des wiedererstandenen Polens erweckten auch hier große Unzufriedenheit.

Dr. Kessler schilderte die verschiedenen Maßnahmen, die die Deutschen trafen. Die polnische Regierung wollte diese Minderheit loswerden. Die Kriege nach dem 1. Weltkrieg und die Inflation von 1923/24 taten ein weiteres daran, dass viele Deutsche aus Polen abwanderten. Hinzu kam, dass viele Abmachungen nicht eingehalten wurden. Im Beobachtungszeitraum verließen 500-600.000 Deutsche Posen und Pommerellen (Westpreußen). Die deutsche Politik seit den

1880er Jahren war genauso desintegrativ wie die Polens nach 1919/20. Der Referent betonte: Minderheiten müssen loyal sein, können das aber nur sein, wenn sie akzeptiert werden und in Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft stehen.

Am Sonntag morgen setzte Dr. Wolfgang Kessler seinen Diskurs mit dem Vortrag „Die Auswirkungen des Friedens von Versailles auf die Provinz Posen“ fort. Er schilderte den Verlauf des Posener Aufstands und seine Hintergründe, und kam zu der Schlussfolgerung, dass der Aufstand unnötig war, denn die Alliierten hätten ohnehin so entschieden, wie es geschah. Der Aufstand förderte jedoch die Solidarität der polnischen Gesellschaft. Gleichzeitig führt dies zu einer noch größeren Kluft zu den Deutschen und zum Deutschen Reich.

Der Referent betonte erneut, dass die Zwischenkriegszeit im Posener Land noch viel zu wenig erforscht ist. An die Stelle der Deutschen als Feindbild traten schon bald die polnischen Beamten aus dem ehemaligen österreichischen Galizien. Sie wurden den von hier kommenden polnischen Beamten zu einer großen Konkurrenz. Auch war die Herrschaft Piłsudskis hier nicht besonders beliebt – anders als bei den Deutschen in Polen, die viel von ihm als Beschützer hielten. Posen hatte Ende der 20er Jahre zu 53 % die Nationaldemokraten gewählt. Immer öfter intervenierte die Warschauer Verwaltung in Posen. Posen war ein benachteiligtes Gebiet geworden. Als die Weltwirtschaftskrise hier wirksam wurde, hatte Posen die höchste Arbeitslosigkeit. Alles das verschlechterte die ohnehin schlechte Situation der deutschen Minderheit.

Den Abschluss der Vortragsreihe machte Dr. Martin Sprungala mit dem Thema „Der Reichsgau Wartheland – seine Einrichtung und Aufgabe“. Der Referent stellte die Frage, warum es nicht zu einer „Wiedervereinigung“ der ehemaligen Grenzmarkgebiete mit der Wojewodschaft Poznań kam, von der Deutschen in Polen geträumt haben und man anfangs auch in der Weimarer Republik dachte. Nicht umsonst hat die Weimarer Regierung die damaligen Pläne der Angliederung der Restgebiete der Provinz Posen im Reich an die Nachbarprovinzen verworfen und die „Grenzmark Posen-Westpreußen“ gegründet.

Dr. Sprungala stellte die Entwicklung seit 1919 dar, bis hin zu erkennbar anderen Plänen der Nationalsozialisten seit Ende der 20er Jahre. Es folgte am 1.4.1938 in Polen eine Umgestaltung der Wojewodschaften Poznań (Posen) und Pommerellen, die in Deutschland von nur wenigen wahrgenommen wurde, da sie nur etwas über ein Jahr gültig war.

Mit Kriegsbeginn 1939 wurde von der deutschen Verwaltung auch sofort eine Zivilverwaltung aufgebaut, bei der das Führerprinzip galt. Sofort begann

die Umsetzung der Rassenpolitik mit Racheaktionen und Exekutionen. Der sog. Polenfeldzug war nach wenigen Wochen entschieden, das Posener Land zum Reichsgau Posen und 1940 um Mittelpolen mit Lodz zum Reichsgau Wartheland erweitert. Greiser wollte einen Mustergau schaffen, in dem die Einheit von Partei und Verwaltung realisiert wurde. Die vorhandene Bevölkerung wurde erfasst, die Deutschen in der Volksliste, viele Polen so rasch wie möglich ins Ge-

neralgouvernement deportiert, die Juden ins Ghetto. Überall wurde mit der Arisierung begonnen. Firmen von Juden und Polen wurden enteignet, die Bevölkerung drangsaliert. Als Ersatz kamen Umsiedler aus den Aktionen „Heim ins Reich“ über Schulungslager im Reichsgebiet hierher. Auch die Kirchen wurden entmachtet. Überall erhielten die Orte neue deutsche Namen, oftmals Phantasieprodukte ohne historischen Hintergrund.

Bis zuletzt verhinderte Greiser mit sei-

nen Schergen eine Flucht der Bevölkerung vor der im Januar 1945 eintreffenden Front. Dann war er aber einer der ersten, der nach Westen floh und seine Bevölkerung ihrem Schicksal überließ. Nachdem die Amerikaner ihn gefasst hatten, wurde er nach Polen ausgeliefert, hier zum Tode verurteilt und 1946 öffentlich gehängt.

Das nächste Seminar ist für die Zeit vom 5. bis 7.2.2021 geplant.

Dr. Martin Sprungala

Aus: Weichsel-Warthe. Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien), 68. Jg, Juli/August 2020, Folge 07/08, S. 2-4

02) Liste mittelalterlicher Walddeutscher Siedlungen

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_mittelalterlicher_Walddeutscher_Siedlungen

- Unser Leser Georg Dattenböck hat uns dankenswerterweise auf diesen Beitrag hingewiesen

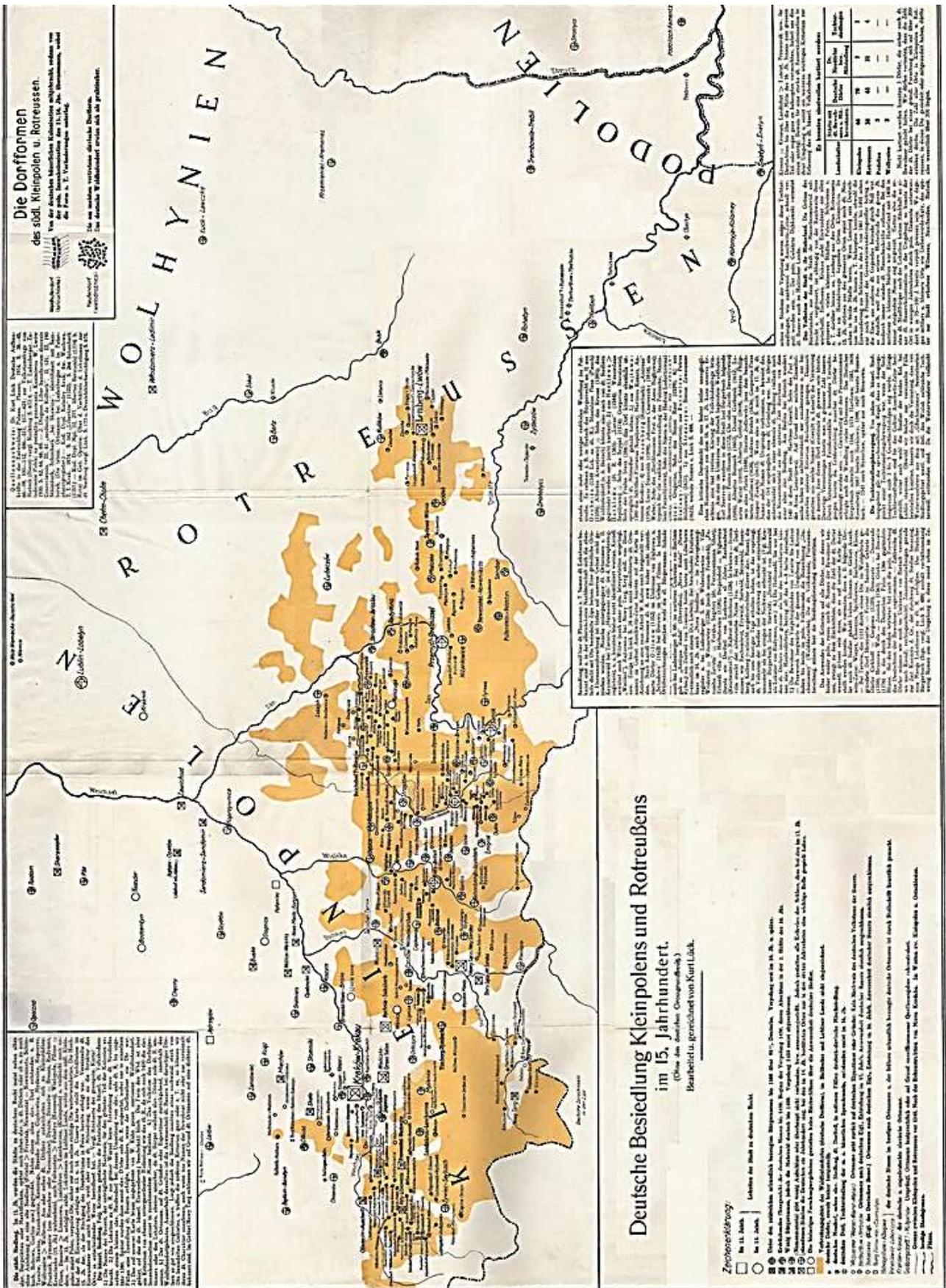
Die Liste zeigt die Entwicklung **mittelalterlicher deutscher Siedlungsnamen** im polnischen [Karpathengebiet](#). Die deutschen Siedlungen zwischen [Wisłoka](#) und [San](#) gehören zum Gebiet der sogenannten [Walddeutschen](#). Das Gebiet am [Dunajec](#) wurde zu ihnen auch manchmal dazu gezählt. Die Liste umfasst auch andere südpolnische Dörfer in der Region [Kleinpolen](#), westlich der Wisłoka, die im Mittelalter einen Namen deutscher Herkunft hatten, z. B. im damals schlesischen [Herzogtum Auschwitz](#), sowie beidseits des oberen Dunajec, damals Grenzfluss zur ungarischen [Zips](#), dessen nordwestliche Ecke als [polnische Zips](#) heute ebenfalls zu Polen gehört.

□

Inhaltsverzeichnis

- [1 Walddeutsche \(zwischen Wisłoka und San\)](#)
- [2 Am Dunajec](#)
- [3 Andere Gebiete](#)
 - [3.1 Herzogtum Auschwitz bzw. Zator](#)
- [4 Literatur](#)
- [5 Weblinks](#)
- [6 Einzelnachweise](#)

[Rufen Sie den vollen Beitrag bei WIKIPEDIA ab, Anm. AWR]



Die Ausdehnung der deutschen Besiedlung [Kleinpolens](#) und [Rotreußens](#) im 15. Jahrhundert. [Kurt Lück](#), Posen, 1934, heute als „maximalistisch“ beschrieben^[1]

Literatur

- Barbara Czopek-Kopciuch: *Adaptacje niemieckich nazw miejscowych w języku polskim [Die Adaptation deutscher ON im Polnischen]. Prace Instytutu Języka Polskiego. Polska Akademia Nauk.* Instytut Języka Polskiego, 1995, [ISBN 83-8557933-8](#), [ISSN 0208-4074](#) (polnisch, [Online](#)).
- [Kazimierz Rymut](#): *Szkice onomastyczne i historycznojęzykowe (= Prace Instytutu Języka Polskiego 118)*. 2003, [ISBN 83-8762371-7](#), [ISSN 0208-4074](#), Die Ortsnamen deutscher Herkunft in Kleinpolen (Małopolska), S. 181 ([Online](#)).
- Kazimierz Rymut, Barbara Czopek-Kopciuch: *Nazwy miejscowe Polski: historia, pochodzenie, zmiany*. 1 (A–B), 2 (C–D), 3 (E–I), 4 (J–Kn), 5 (Ko–Ky), 6 (L–Ma), 9 (Po–Q). [Polska Akademia Nauk](#). Instytut Języka Polskiego, Kraków (polnisch, [Online](#) – Jahre 2004—2013).
- Wojciech Blajer, *Uwagi o stanie badań nad enklawami średniowiecznego osadnictwa niemieckiego między Wisłoką i Sanem* [Bemerkungen zum Stand der Forschungen über die Enklaven der mittelalterlichen deutschen Besiedlung zwischen Wisłoka und San], [in:] *Późne średniowiecze w Karpatach polskich*, Rzeszów 2007

usw.

Diese Seite wurde zuletzt am 16. März 2020 um 09:42 Uhr bearbeitet.

[aufgerufen bei WIKIPEDIA am 30.06.2020, 13:40 Uhr]



<https://unser-mittleuropa.com/szeklerland-ueber-den-erfolg-der-europaeischen-buergerinitiative/>

03) Szeklerland: Über den Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative

21. 06. 2020



Foto: Miklós Bakk

Von Miklós Bakk*

Der Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative des Szekler Nationalrats (SZNT) bestand darin, dass die Frage der Autonomie des Szeklerlandes in einen neuen Rahmen gestellt wurde. Aber was können wir von starken politischen Akteuren danach noch erwarten?

Nachdem die erste vom SZNT eingeleitete Unterzeichnungsphase der Europäischen Bürgerinitiative abgeschlossen ist und ihre Kontinuität in die Entscheidungsbefugnis der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und des EP fällt, wurde die ideale Situation für eine politische Debatte über ein „halb leeres, halb volles Glas“ geschaffen. Und „Politik“ lebt von solchen Situationen gut: Sie greift die vielfältigen Themen auf, die viele bewegen, und kann bei vielen ein Gefühl der Beteiligung und Kompetenz hervorrufen. Der Erfolg der gegenwärtigen Initiative besteht daher darin, die Frage der Autonomie des Szeklerlandes in einen neuen Rahmen zu stellen.

Hier ist jetzt kein Platz mehr für die historischen Argumente, warum die Autonomie der Szeklers eine so anhaltende Frage ist und warum sie schon über längere Zeiträume existiert. Es ist jedoch wichtig zu bedenken, dass die Voraussetzung für das Überleben eines politischen Plans darin besteht, dass der Horizont, auf den seine Unterstützer projizieren, tragfähig ist.

Argumente zur Bedeutung und zum Horizont der Szekler-Autonomie finden sich auch ausführlich in den Veröffentlichungen der letzten Wochen, und die durch diese Schriften rekrutierten Kommentarammeen weisen darauf hin, dass die Szekler-Autonomie gerade im Zuge antagonistischer Debatten nach wie vor im Zentrum der politischen Vorstellungskraft steht.



Aus den jetzt herrschenden Debatten ergeben sich zwei Dinge, die über den spezifischen Gegenstand des Themas hinausgehen und auf die Ursprünge und inneren Widersprüche unserer Grundkonzeption von Politik hinweisen.

Das eine Thema bezieht sich auf die Natur des politischen Handelns. Es wirft die Frage auf, von wem und wie gute, rational durchführbare Konfliktlösungspläne (ja sogar Lösungspläne) geboren werden. Nicht wenige Artikel über unsere Bürgerinitiative zeichnen sich durch eine Rationalisierung des Falls aus. Bereits im Februar schrieb Árpád Kulcsár, es sei gut, „die Situation realistisch einzuschätzen, da es sehr unwahrscheinlich sei, dass sich die Unterzeichner Anfang Mai versammeln“, aber es sei großartig, dass „die Europäische Kommission die Sache reibungslos abwickelt und erklärt, dass sie in der Sache selber nicht handeln werde“. Daher sollte die Frage gestellt werden: Lohnt es sich, erhebliche finanzielle Ressourcen für eine Sache zu opfern, die wenig mathematische Chancen hat? Dieser Ansatz ist auch in vielen Facebook-Diskussionen aufgeworfen worden, beispielsweise in Form des Vorhalts, dass die Szekler „unprofessionell“ agierten und so weiter.

Politik allein kann nicht in dem Sinne rationalisiert werden, wie es sich kritische Intellektuelle vorstellen. Politik ist nicht die Umsetzung von Plänen, die auf intelligenten Studien an intelligenten Schreibtischen basieren und mit einer Logik „vom Start bis zum Ziel“ vorgestellt werden. Alle, die so denken oder einem Groll gegen kritische Intellektuelle hegen („sie sagen immer, wie man es nicht tun soll, aber niemals wie man es tun soll“) oder die Frustration verspüren (wenn sie überhaupt einmal über das „wie“ sprechen), dass ihr schöner und logischer Plan „von den vielen ‚übrigen‘ nicht realisiert werden kann“. Der grundlegende Fehler der überrationalisierenden Konzeption besteht darin, dass sie nicht sieht, dass politisches Handeln nicht durch Logik, sondern durch die Glaubwürdigkeit der Beteiligung legitimiert wird. Wie István Schlett in seiner imposanten Arbeit zum ungarischen politischen Denken schreibt: Es sind weder Ideale und Theorien, die auf die Themen der Politik hinweisen, noch kommen die Motive für politisches Handeln von dort. Die meisten rationalisierten politischen Pläne können – neben vielen anderen Elementen des Denkens wie Tradition, Topos, Metaphern – einen kleinen Teil des politischen Denkens darstellen. Zusammen bilden sie den Horizont des politischen Denkens, der das politische Handeln bestimmt.

Ein weiteres herausragendes Thema in der aktuellen Debatte ist das Thema der politischen Gemeinschaft. In einem Interview erklärt Salat Levente, dass die Menschen im Szeklerland „nicht bereit für Autonomie sind“, d.h. „nicht über die kollektiven Kompetenzen verfügen, die für die Durchführung einer Autonomie erforderlich wären“. Dies spiegelt wiederum die überrationalisierende – elitäre – Haltung wider, nach der eine Aufklärung, eine Art pädagogische Vorbereitung, irgendwie „umgesetzt“ werden müsse, und erst wenn sie abgeschlossen ist, hätten wir eine bereite und bewehrte Autonomiegemeinschaft.

Durch die Brille des politischen Realismus müssen wir jedoch einen Prozess sehen, in dem die Methode des „Learning by Doing“ vorrangig ist. In Bezug auf den Willen der Gemeinschaft zur „Szekler-Autonomie“ scheint Salat Levente die Botschaft zu senden, dass sie nicht existiere und nur Fiktion sei, weil es kein gemeinsames, einvernehmliches und gut entwickeltes Konzept dafür gebe. Der öffentliche Wille zur Autonomie der Szekler ist jedoch der gleiche wie der Wille der Menschen in repräsentativen Demokratien im Allgemeinen. Es existiert nicht als etwas, das an sich bereit ist oder das mit aufschlussreicher Pädagogik vorbereitet werden kann – es ist eher formlos und zerstreut, und muss daher kontinuierlich weiterentwickelt werden. Diese Vorformatierung erfolgt über Abfrage und Aktualisierung des Bedarfs. Nicht durch Information und konzeptionelles Training, sondern als Antwort auf die ständigen Fragen – Initiativen – starker politischer Akteure. ►

Seite 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 772 vom 02.07.2020

Was wir von starken politischen Akteuren erwarten können, sind keine konzeptionell ausgearbeiteten Pläne, sondern laufende „Untersuchungen“. Initiativen, die die Vorstellungskraft und die Erwartungen an die Autonomie des Szeklerlandes, aber auch seine Handlungsfähigkeit bewahren, auch wenn seine Möglichkeiten knapp bemessen sind.

*) Miklós Bakk ist Politikwissenschaftler, Publizist und außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen und Europastudien der Ungarischen Universität „Sapientia“ in Siebenbürgen.

Quelle: foter.ro/cikk/bloging/az-sznt-a-felig-ures-felig-teli-poharban/

